

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 49 (2022)
Heft: 2

Artikel: Rückblick auf den Urnengang vom 13. Februar
Autor: Peter, Theodora
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1052168>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rund 14 Millionen Franken. Bis 2027 soll dieser Betrag auf jährlich 61 Millionen Franken steigen. Dagegen wehrten sich SP und Grüne mit dem Argument, Frontex wolle an den Aussen Grenzen eine regelrechte «Armee» aufbauen, um die «Festung Europa» abzuschotten. Die Mehrheit von National- und Ständerat stellte sich jedoch hinter ein stärkeres Engagement der Schweiz: Schliesslich profitiere das Land vom Schutz der Schengen-Ausgrenzen.

Die vielen Toten im Mittelmeer seien zwar eine «Schande für Europa», sagte der grünliberale Nationalrat Beat Flach. Schuld daran sei aber nicht Frontex: Die Behörde sei im Gegenteil «eines der Mittel, um dies künftig zu verhindern». Bundesrat Ueli Maurer wies die Kritiker darauf hin, dass die Schweiz die Einhaltung von Grundrechten besser einfordern könne, wenn «wir an der Front mit dabei sind». Seine Partei, die europakritische SVP, ist in der Frage jedoch ge-

spalten. Die einen begrüssen eine stärkere Kontrolle der Schengen-Ausgrenzen als Bollwerk gegen «Wirtschaftsmigranten», andere möchten die zusätzlichen Millionen lieber in den Schutz der Schweizer Grenzen stecken.

Gegen «Militarisierung der Grenzen»

Zur Volksabstimmung kommt es, weil ein Bündnis von rund 30 Organisationen das Referendum ergriffen hat. Die Aktivistinnen und Aktivisten des «Migrant Solidarity Network» stellen sich grundsätzlich gegen das EU-Grenzschutzregime als «Symbol für die Militarisierung der Grenzen». Nicht mit dabei ist Amnesty International. Die Menschenrechtsorganisation plädiert vielmehr dafür, diejenigen Kräfte innerhalb der EU zu stärken, welche Frontex dazu verpflichten wollen, «den Schutz von Geflüchteten ins Zentrum zu stellen – anstatt Men-

schen auf der Flucht zusätzlich zu bedrohen.» Tatsächlich setzen vor allem osteuropäische EU-Länder beim Grenzschutz auf die Abwehr von Migrantinnen und Migranten.

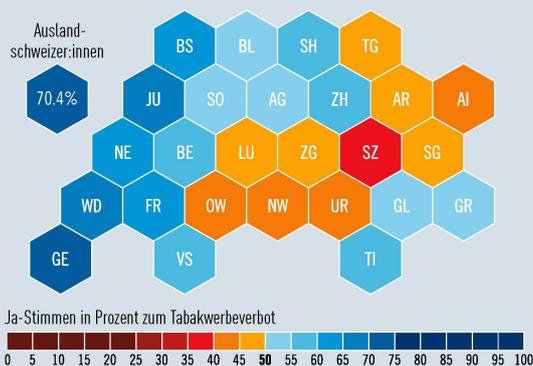
Am 15. Mai wird an der Urne nicht grundsätzlich über die Beteiligung am europäischen Grenzschutz entschieden. Das Referendum könnte aber Konsequenzen für die Beteiligung der Schweiz am Schengen-Raum haben, gibt der Politologe Fabio Wasserfallen von der Universität Bern zu bedenken. «Bei Schengen ist man entweder dabei oder nicht – mit allen Konsequenzen.» Zwar müsse die Schweiz bei einem Volks-Nein nicht unmittelbar mit einem Rauswurf rechnen, «doch der Druck, rasch eine Lösung zu präsentieren, wäre hoch.» Für Irritationen in Brüssel könnte dabei sorgen, dass die Schweiz nicht mehr als «verlässliche Partnerin» wahrgenommen wird, erklärt Wasserfallen. Die bereits angespannte Beziehung zur EU könnte sich damit weiter verkomplizieren.



Rückblick auf den Urnengang vom 13. Februar

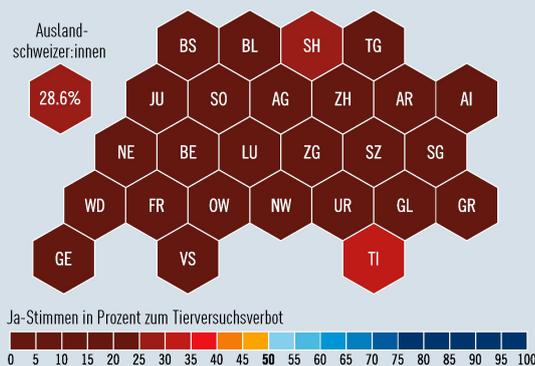
Ja zu Einschränkung der Tabakwerbung

Kinder und Jugendliche sollen vor Zigarettenwerbung geschützt werden. 57 Prozent des Stimmvolks und die Mehrheit der Kantone befürworteten die Initiative von Gesundheitsorganisationen.



Nein zu Tierversuchs-Verbot

Mit 79 Prozent Nein-Stimmen klar verworfen wurde eine Volksinitiative, mit der ein Bürgerkomitee eine radikale Abkehr von der heute praktizierten Pharmaforschung verlangte. Kein einziger Kanton sagte Ja.



Neuer Anlauf für bilaterale Abkommen

Seit dem Abbruch der Verhandlungen zu einem Rahmenabkommen im Mai 2021 (siehe «Revue» 4/2021) sondiert die Schweizer Landesregierung neue Kooperationsmöglichkeiten mit der EU. Dazu steckt der Bundesrat den Rahmen für ein mögliches Paket ab. Die Details der neuen Agenda waren bei Redaktionsschluss Mitte Februar noch nicht bekannt. Klar ist der Wunsch nach einer Weiterentwicklung des bilateralen Wegs, obwohl Brüssel diese Option bislang ausgeschlossen hatte. Im Vordergrund stehen sektorielle Abkommen, in denen jeweils auch die Übernahme von EU-Recht geregelt würde. Ausnahmen möchte die Schweiz in innenpolitisch heiklen Fragen wie beim Lohnschutz oder bei Sozialleistungen für EU-Bürger in der Schweiz aushandeln.

Aus Sicht von Bundespräsident und Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) geht es darum, «dass wir aus der rein technisch-institutionellen Fragestellung rauskommen müssen», wie Cassis in Medieninterviews erklärte. «Erst wenn Politik und Gesellschaft erkennen, welche materiellen Gewinne die Schweiz erwarten kann, wird auch eine institutionelle Annäherung akzeptiert werden.» Dazu brauche es einen breiteren Verhandlungsansatz, «in dem von beiden Seiten Zugeständnisse akzeptiert werden». Bis sich Bern und Brüssel einig werden, dürfte es aber noch länger dauern. Die Nachteile eines Abseitsstehens sind bereits spürbar – so für den Schweizer Forschungsplatz, der den direkten Zugang zu wichtigen EU-Bildungs- und Forschungsprojekten verloren hat. (TP)

Die Abstimmungen vom 15. Mai:

Frontex:

Als Mitglied des Schengen-Raums soll sich die Schweiz finanziell am Ausbau der europäischen Grenz- und Küstenwache beteiligen. Dagegen wurde das Referendum ergriffen (siehe Seite 17).

Organspende:

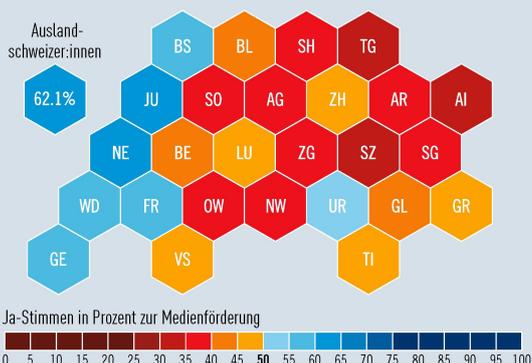
Die Änderung des Transplantationsgesetzes bringt einen umstrittenen Paradigmenwechsel: Künftig soll jede und jeder für eine Organspende in Frage kommen, sofern er dies zu Lebzeiten nicht explizit ausgeschlossen hat (siehe Seite 20).

Filmgesetz:

Streaming-Plattformen wie Netflix, Amazon oder Disney+ sollen künftig dazu verpflichtet werden, jährlich vier Prozent ihrer Einnahmen in der Schweiz ins hiesige Filmschaffen zu investieren. Wer diese Vorgabe nicht erfüllt, muss eine Ersatzabgabe zahlen, die dem unabhängigen Schweizer Film zufließt. Gegen diese Investitionspflicht wehren sich die Jungparteien von FDP, SVP und GLP. Sie befürchten, dass die Streamingdienste deswegen die Abopreise erhöhen. (TP)

Nein zu Medienförderung:

Zeitungen, Online-Portale und Nachrichtenagenturen werden nicht zusätzlich mit öffentlichen Geldern unterstützt. Das Stimmvolk lehnte ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien mit 55 Prozent Nein ab.



Nein zu Abschaffung der Stempelsteuer:

Firmen müssen weiterhin eine Abgabe auf Eigenkapital bezahlen. Das Stimmvolk stellte sich mit 63 Prozent Nein gegen die Vorlage, die Steuerverluste von jährlich 250 Millionen Franken zur Folge gehabt hätte. (TP)

